

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse.

§ 1. Wer vorzüglich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntniss eines anderen gelangen lässt, wird, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des deutschen Reichs gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden kann.

§ 2. Wer außer dem Falle des § 1 es unternimmt, rechtswidrig Gegenstände oder Nachrichten der dafelbst bezeichneten Art in den Besitz oder zur Kenntniss eines anderen gelangen zu lassen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten oder mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden.

§ 3. Wer vorzüglich den Besitz oder die Kenntniss von Gegenständen oder Nachrichten der in § 1 bezeichneten Art in der Absicht sich verschafft, davon zu einer der Sicherheit des deutschen Reichs gefährdenden Mittheilung an Andere Gebrauch zu machen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann.

§ 4. Wer ohne die vorbeschriebene Absicht es unternimmt, rechtswidrig den Besitz oder die Kenntniss von Gegenständen oder Nachrichten der in § 1 bezeichneten Art zu verschaffen, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden. § 5. Haben mehrere ein Verbrechen der in den §§ 1, 3 bezeichneten Art verübt, ohne daß es zur Ausführung oder zu einem strafbaren Versuch desselben gekommen ist, so tritt Gefängnis nicht unter drei Monaten ein.

Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden. § 6. In den Fällen der §§ 1 bis 5 kann neben Gefängnis und Festungshaft auf Verlust der beseitigten öffentlichen Aemter und der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, neben jeder Freiheitsstrafe auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 7. Wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der in § 1 bezeichneten Art, die ihm kraft seines Amtes, Berufs, Gewerbes oder eines besonderen Auftrages anvertraut oder zugänglich sind, in einer der Sicherheit des deutschen Reichs gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntniss eines anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden.

§ 8. Wer den von der Militärbehörde erlassenen Anordnungen zur Verfestigung von Anlagen, Anlagen des Heeres oder der Marine, Kriegsschiffe, Kriegsfahrzeuge oder militärische Verstecke oder Übungsplätze betriff, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

§ 9. Wer von dem Vorhaben eines der in den §§ 1 und 3 vorgesehenen Verbrechen zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniss erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen.

§ 10. Die Bestimmungen im § 4 Absatz 2 Nr. 1 und im § 9 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich finden auch auf die in den §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes vorgesehenen Verbrechen und Vergehen Anwendung.

§ 11. Die §§ 87-90 des Strafgesetzbuchs erhalten folgende Fassung:

§ 87. Ein Deutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen das deutsche Reich zu veranlassen, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§ 88. Ein Deutscher, welcher während eines Kriege gegen das deutsche Reich ausbrochenen Krieges in der feindlichen Kriegsmacht Dienste nimmt oder die Waffen gegen das deutsche Reich oder dessen Bundesgenossen trägt, wird wegen Landesverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Ein Deutscher, welcher schon früher in fremden Kriegsdiensten stand, wird, wenn er nach Ausbruch des Krieges in der feindlichen Kriegsmacht verbleibt oder die Waffen gegen das deutsche Reich oder dessen Bundesgenossen trägt, wegen Landesverrats mit Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der beseitigten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§ 89. Ein Deutscher, welcher vorzüglich während eines Kriege gegen das deutsche Reich ausbrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des deutschen Reiches oder den Bundesgenossen desselben Nachtheil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 90. Lebenslängliche Zuchthausstrafe tritt im Falle des § 89 ein, wenn der Thäter

1) Festungen, Pässe, feste Plätze oder andere Verteidigungsstellen, angestrichene Theile oder

Angehörige der deutschen oder einer verbündeten Kriegsmacht in feindliche Gewalt bringt;
2) Festungswerke, Schiffe oder Fahrzeuge der Kriegsmarine, öffentliche Gelder, Vorräthe von Waffen, Schießbedarf oder anderen Kriegsbedürfnissen, sowie Brücken, Eisenbahnen, Telegraphen und Transportmittel in feindliche Gewalt bringt oder zum Vortheile des Feindes zerstört oder unbrauchbar macht;

3) dem Feinde Mannschaften zuführt oder Angehörige der deutschen oder verbündeten Kriegsmacht verleitet, zum Feinde überzugehen;

4) Operationspläne oder Pläne von Festungen oder festen Stellungen dem Feinde mittheilt;
5) dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet, oder

6) einen Aufstand unter Angehörigen der deutschen oder einer verbündeten Kriegsmacht erregt.

In minder schweren Fällen kann auf Zuchthaus nicht unter zehn Jahren erkannt werden.

§ 12. Für die Unterjuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen der in den §§ 1 und 3 vorgesehenen Verbrechen ist das Reichsgericht zuständig. Die Militärgerichtsbarkeit wird hierdurch nicht berührt.

In der allgemeinen Begründung dieses Entwurfs wird gesagt:

Der Schutz, welchen das bestehende Recht gegen die Anstiftung und den Verrath militärischer Geheimnisse gewährt, hat sich in mehrfacher Beziehung als ungenügend herausgestellt. Die einschlägige Bestimmung des geltenden Strafgesetzbuchs — § 92 Nr. 1 — lautet: „Wer vorzüglich Staatsgeheimnisse oder Festungspläne, oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reichs oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht, ... wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.“

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein.“

Diese Vorschrift zeigt zunächst den augenfälligen Mangel, daß außer der Verurtheilung von geheim zu haltenden Dingen nur die Mittheilung derselben an eine fremde Regierung unter Strafe gestellt wird. Hierdurch werden sonstige sehr wohl denkbare Fälle des Verraths gar nicht getroffen, außerdem aber ausweislich einer Reihe vor dem Reichsgericht stattgefundener Verhandlungen für den Beweis des Verbrechens oft unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen, da die Spionage regelmäßig durch Mittelspersonen betrieben wird, die entweder Beziehungen zu einer fremden Regierung überhaupt nicht besitzen, oder wenn sie solche haben, ihre Beziehungen zu der von ihnen bedienten fremden Regierung leidet zu verbergen im Stande sind.

Eine noch fühlbarere Lücke des Strafgesetzbuchs liegt darin, daß es eine allgemeine Bestimmung gegen die gefährliche Thätigkeit derjenigen, welche in landesverrätherischer Absicht die im Staatsinteresse geheim zu haltenden Thatfachen und Gegenstände auszuforschen und sammeln, d. h. gegen die Spionage an sich, überhaupt nicht enthält. Es kommt in dieser Beziehung, abgesehen von den nur nach Ausbruch eines Krieges anwendbaren Bestimmungen im § 89 und im § 90 Nr. 4 und 5 des Strafgesetzbuchs, nur die Vorschrift im § 360 Nr. 1 desselben in Betracht, nach welcher mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft wird: „wer ohne besondere Erlaubnis Risse von Festungen oder einzelnen Festungswerken aufnimmt oder veröffentlicht.“

Daß diese Vorschrift bei ihrer beschränkten Anwendbarkeit und dem geringen Strafmaß völlig unzureichend ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die Spione bleiben daher zur Zeit in der Regel straflos, sofern sie nicht des im § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Verbrechens beziehentlich eines Versuchs desselben oder der Theilnahme überführt worden können.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Es erscheint vor Allem geboten, die Spionage als solche ohne Rücksicht auf ihren Zweck oder Erfolg unter Strafe zu stellen, wie es schon die frühere preussische Gesetzgebung (A. L. R. Th. II. Tit. 20 §§ 120 ff.) gethan hatte.

Der gegenwärtige Entwurf bezweckt, die bezeichneten Lücken des Strafgesetzbuchs dem dringenden Bedürfniss entsprechend wenigstens insoweit auszufüllen, als es sich um militärische Geheimnisse handelt, bei denen das Interesse der Landesverteidigung in Frage steht. Auf diesem Gebiete erscheint es aber im Hinblick auf die hohen in Frage stehenden Güter erforderlich, neben dem vorzüglichsten Verrath und dem Aufheben von Geheimnissen auch die fahrlässige Verletzung derselben und gewisse die Wahrung derselben gefährdende Handlungen vorzusehen.

Der Entwurf folgt hierin dem Vorgange ausländischer Gesetzgebungen, welche mehrfach in neuerer Zeit, dem gleichen Bedürfniss Rechnung tragend, theils in Spezialgesetzen, theils bei Neuformulation des Strafrechts einen erweiterten Schutz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse herbeigeführt haben.

Der Entwurf läßt im Uebrigen die Vorschriften des § 92 des Strafgesetzbuchs unberührt, insoweit sie sich auf andere als militärische Geheimnisse und auf den gegen einen Bundesstaat gerichteten Landesverrath beziehen.

E. L. Berlin, 23. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 23. Februar.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Telegraphenwesen für das deutsche Reich.

Nach § 1 der Kommissionsvorschlüsse steht das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittelung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mit einbezogen.

Dieser liegen mehrere Abänderungsanträge vor.

Abg. Dr. v. Bar (fr.) will innerhalb des Bezirks einer Gemeinde auch den Gemeindeverwaltungen gestatten, elektrische Leitungen zur Uebermittlung von Nachrichten gegen Bezahlung anzulegen und zu betreiben. (§ 2a.)

Ein Antrag des Abg. Diehl (Ztr.) will den Fernsprecheverkehr überhaupt freigeben.

Ein Antrag des Abg. Dr. Hamacher (nat.) und ein Antrag des Abg. Diehl wollen den rechtlichen Anspruch auf die Benutzung fremden Grund und Bodens, namentlich der Straßen und Wege der Gemeinden ausschließen.

In Folge seines oben mitgetheilten Antrages § 2a will Abg. Dr. v. Bar den § 1 dahin fassen: „Das Recht, elektrische Leitungen zur Uebermittlung von Nachrichten und Ansprüchen gegen Bezahlung in Betrieb zu haben, steht vorbehaltlich der Bestimmung des § 2a ausschließlich dem Reiche zu.“

Abg. Schrader (fr.): Das Gesetz, welches hier vorliegt, sei von einer großen Bedeutung für viele Kreise, was die vielen darin eingezogenen Petitionen beweisen. In der Kommission sei man übereinstimmend gewesen, daß das Monopol zur Anlage von Telegraphen in einem gewissen Umfange dem Reiche gegeben werden müsse. Das Monopol, welches das Reich für sich in Anspruch nehmen, gründe sich auf den Art. 48 der Reichsverfassung und sei es daher von vornherein zweifelhaft, ob das Fernsprechewesen damals eingebracht sei, weil dasselbe bei Errichtung der Verfassung noch nicht existierte. Die Frage könne insofern hier auf sich beruhen, weil der Reichstag bereit sei, dem Reiche das Monopol in einem gewissen Umfange zu gewähren. Dagegen müßten die Grenzen des Monopols und die Bedingungen für dasselbe festgestellt werden und in dieser Beziehung reichen die Vorschläge der Kommission nicht aus. Es handle sich bei diesem Gesetze nicht um Parteifrage, sondern lediglich um Zweckmäßigkeit und Rechtsfragen und die von seinen Freunden gestellten Anträge hätten lediglich den Zweck, allgemeine Interessen zu vertreten und schärfen sich daher im Wesentlichen dem Postgesetze an. Es handle sich hierbei besonders um die Interessen der großen Städte. Die Fassung, welche die Kommission dem § 1 gegeben habe, sei vollkommen unklar; es unterliege gar keinem Zweifel, daß die Anlage eines Telegraphen zwischen dem Reichstage und dem preussischen Parlament auch unter den § 1 fallen würde und man möge dabei bedenken, daß wenn der Reichstag einmal ein Recht ausüben und es den verbündeten Regierungen übertragen, er dieses Recht niemals wieder bekomme. Es sei deshalb notwendig, das Monopol, wie der Antrag v. Bar es verlangt, auf elektrische Anlagen zu beschränken. Auch dürfte dieses Recht nicht ein ausschließliches sein, wie die Kommission es vorschlägt, habe doch auch die Post kein ausschließliches Recht z. B. auf den Bau von Postwagen. Der Antrag v. Bar fordert ferner, daß den Gemeinden für den lokalen Verkehr unter gewissen Umständen das Recht zu Telegraphenanlagen gegeben werde, es sei dies von vielen Gemeinden erbeten worden. Es liege dieses Recht auch im finanziellen Interesse der Gemeinden. Man habe auch gar keine Veranlassung, dem Reiche immer größere Lasten aufzuerlegen. Er bitte deshalb dringend um Annahme des Antrages v. Bar zu § 1.

Staatssekretär v. Stephan: Er habe von einer Vernehmung in seinen Kreisen durch dieses Gesetz bisher nichts wahrgenommen. Die respective Vernehmung des § 48 der Reichsverfassung treffe nicht zu, denn derselbe bestimme ausdrücklich, daß Post- und Telegraphenwesen der Verwaltung des Reichs unterstehe, dazu gehöre besonders das Nachrichtenwesen, besonders das schnelle, welches namentlich in kriegerischen Zeiten von erheblicher Bedeutung sei. Also ein Monopol für den Telegraphenverkehr sei dem Reiche durch die Verfassung gegeben. Freilich müßte er dagegen protestieren, als ob irgend wie von der Reichs-Telegraphenverwaltung beabsichtigt werde, der Privat-Industrie Schaden zuzufügen. Der Antrag v. Bar sei nicht neu, er sei aber durch seine Wiederholung nicht schmachtlicher geworden. Wenn der Antrag von Bar das Monopol auf elektrische Telegraphen beschränken wollte, so verweise er darauf, daß es auch noch optische Telegraphen gebe, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen sei. Hierdurch könnten in einigen Jahren die Interessen des Reichs in einer Weise gefährdet werden, die gar nicht wieder gut zu machen wäre. Wenn der Vorredner meine, daß der Reichstag durch das Monopol nicht sein gutes Recht vergeben dürfe für kommende Eventualitäten, die man heute noch nicht übersehen könne, so sei darauf zu erwidern: wenn so großartige neue Entdeckungen gemacht würden, wie der Vorredner annehme, so könne man überzeugt sein, daß die Gewalt dieser neuen Entdeckungen eine so große sein werde, daß alles, was bis dahin gemacht sei, auch dieses Gesetz, einfach hinweggeschwemmt werde, und dann werde die Verwaltung schon wissen, was sie zu thun habe. Auf dem Wege der Kultur folgen die Gesetze den Bewegungen und empfehle er die Annahme des § 1 der Kommissionsvorschlüsse.

Der bairische Ober-Regierungsrath Landmann weist nach, daß durch die Annahme der Vorlage nur der in Bayern bereits bestehende Zustand sanktioniert werde.

Abg. Schmidt (Frankfurt, Soz.) erklärt, daß er mit seinen Freunden nicht gewonnen sei, dem Reiche voreilig ein Monopol zu geben, weil die Rechte der Arbeiter dadurch noch mehr verengt würden, als bisher gewesen sei. Er sei daher der Ansicht, daß die Entscheidung über die Tarife dem Reichstage vorbehalten werden müsse. Wenn das Monopol gewährt werde, ehe das Gesetz für die elektrischen Anlagen fertig gestellt sei, so werde das Letztere von englischem Bureaucratismus und von reinem Polizeigesetze bittet werden. Wenn diese seine Gedanken nicht durch veränderte Fassung der Vorlage beseitigt würden, so sehe er sich genöthigt, gegen dieselbe zu stimmen.

Abg. Dr. Hamacher (nat.) wendet sich gegen die Ausführungen Schraders. In der zweiten Kommissionsberatung über dieses Gesetz sei Wesentliches nicht geändert. Ihm scheine es, als ob die Opposition gegen das Gesetz von Vorurtheilen ausgehe. Man müsse, um das öffentliche Interesse zu wahren, dem Staate ein weitgehendes Monopol geben. Andere Staaten hätten das Telegraphenwesen Privaten überlassen, die Folgen davon waren Unordnungen und Mißstände, die Staatsverwaltungen mußten für schweres Geld die Betriebe kaufen. Auch die Herstellung von Telegraphenanlagen durch Private müßte ausgeschlossen werden, denn wer eine solche Anlage herstelle, wolle sie auch ausnützen. Von einer übertriebenen Ausdehnung des Monopols auch auf harmlose Privat-Unternehmungen könne

keine Rede sein, wohl aber würde eine Einschränkung des Monopols zu Gunsten solcher Privatanlagen eine große Gefahr für Mißbräuche in sich schließen. Er stimme deshalb für § 1 in der Kommissionsfassung.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) empfiehlt den Kommissionsbeschluss. Es müsse der auf dem Gebiete des Telegraphenwesens herrschenden Rechtsunsicherheit ein Ende gemacht werden. Angesichts der Erfahrungen, die man in England und Amerika mit den privaten Anlagen gemacht habe, wäre es geradezu ein Verbrechen, wollte man nicht in diesem harmlosen Gesetze die Rechte des Staates sicher stellen.

Abg. Frhr. v. Gagern (Zentr.) erklärt, seine Partei stehe auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse, denn sie wolle, daß das Reich zu seinem Rechte komme. Der § 48 der Verfassung bestimme, daß das Telegraphenwesen ein Monopol des Staates sei, und damit decken sich inhaltlich auch die Reservatrechte Bayerns und Württembergs. Allerdings wollten seine Freunde auch wohlverworbene Rechte nicht schmälern, sie wollten aber auch nicht, daß auf Kosten der Steuerzahler einzelne Unternehmer Vortheile genießen. Er bitte deshalb, die Beschlüsse der Kommission anzunehmen und namentlich den Antrag Schrader abzulehnen.

Abg. Giese (konf.) bittet gleichfalls namens seiner Partei, den freisinnigen Antrag abzulehnen. Gehe man dem Reiche das Monopol, so solle man dasselbe auch „voll und ganz“ gewähren.

Wärb. Gesandter v. Moser widerspricht der Ansicht Schraders, daß Württemberg kein Telegraphen-Monopol habe.

Abg. v. Bar (fr.) bringt einen Eventualantrag zu den Kommissionsbeschlüssen ein, und zwar dahin, daß das Reichsmonopol für Telegraphen-Anlagen sich nur auf die „entgeltliche“ Vermittelung von Nachrichten erstrecke. Redner führt begründend aus, daß vorliegende Gesetz ähnliche analoge Beschränkungen, wie sie im Postgesetz ausgesprochen seien.

Staatssekretär v. Stephan will auf die allgemeinen Deuktionen des Vorredners nicht mehr eingehen, sondern nur auf dessen Eventualantrag. Würde derselbe angenommen, so könnten sich beispielsweise ein paar Wankhäuser in Berlin und Hamburg oder Köln oder Frankfurt a. M. zusammethun und „uneigentlich“ mit einander korrespondieren durch Telegraphen-Anlagen, zum großen Schaden des Staates und des Volkes.

Abg. Schrader bekämpft nochmals die hier geplanten Eingriffe in den privaten Verkehr, Eingriffe, die durch keinerlei öffentliche Interessen erforderlich gemacht würden. Abweichend von dem Abg. Hamacher sei er selbst ein vorsichtiger Mann; er überlege sich genau vor der die Konsequenzen dieses Gesetzes, wie aller anderen. Er und seine Freunde hielten die von ihnen für den § 1 vorgeschlagene Fassung für die allein richtige, und deshalb würden sie diese Fassung verteidigen bis zum letzten Augenblick. Daß in Württemberg und Bayern ein Monopol bereits bestesse, wie der Vertreter für Württemberg behauptet, widerlege sich einfach durch die Einbringung dieses Gesetzes. Hätten wir schon ein Monopol, — wozu dann überhaupt dieses Gesetz? Dann brauche man dasselbe ja gar nicht, und es wäre am besten, dasselbe überhaupt abzulehnen. Gerade der Umstand, daß das Monopol durch gerichtliche Urtheile verneint worden sei, habe ja erst die Verlegung des gegenwärtigen Gesetzesvertrags veranlaßt. Redner stellt weiterhin in Abrede, daß außer Telegraphenwesen, dessen vorzügliche Entwicklung so sehr gerührt worden sei, nicht noch besser Einrichtungen fällig sei. Wie gute Erfolge der private Fernsprechebetrieb erzielt, sehe man ja in Standanovien und Dänemark, wo namentlich die Fernspreche noch viel geringer seien als bei uns. Leider sei es in der Kommission nicht gelungen, von dem Staatssekretär ganz bestimmte Erklärungen über das Maß der Vorrechte zu extrahieren, welche die Telegraphen-Verwaltung gegenüber anderen Anlagen für sich beanspruche. Dieses Maß müsse unbedingt festgestellt werden.

Abg. Dr. Hamacher (nat.) hebt hervor, daß das Gesetz die Anlage privater Leitungen ja nicht verbiete, sondern laut § 2 unter gewissen Bedingungen zulasse. Es bedürfe also in dieser Beziehung keiner besonderen Abhilfe im § 1. Der größte Theil der entstandenen Vorkommnisse beruhe auf Uebertreibungen und Mißverständnissen.

Abg. Siemens (freif.) hält den Einwand des Staatssekretärs, daß bei Einschaltung des Wortes „entgeltlich“ in der Fassung der Kommissionsvorschlüsse sich behaupten würde, daß die Telegraphen-Verwaltung zu unentgeltlichem Verkehr zusammenkommen könnten, für ganz unzutreffend. Eine solche Möglichkeit, daß Wankhäuser über weite Entfernungen, über öffentliche Straßen hinweg Leitungen legen könnten, sei gänzlich ausgeschlossen. Eine genaue und enge Begrenzung sei schon notwendig angesichts der Absichten der Telegraphen-Verwaltung — welche ja hauptsächlich Verhinderung und Mißtrauen erregt hätten — anderweitige Anlagen zu beschränken, um Störungen auszuschließen.

Staatssekretär v. Stephan will auf diese letzteren Ausführungen nicht eingehen, da er ja schon erklärt habe, daß von ihm nur beabsichtigt werde, den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten. Eine beruhigende Erklärung wolle er nur noch in Bezug auf den Begriff „Errichtung“ von Telegraphenleitungen abgeben. Es sei natürlich nicht Absicht, die Privatindustrie zu beschränken, da die Telegraphen-Verwaltung ja unmöglich ihren Bedarf an Telegraphenposten und Porzellanhöfen selber herzustellen im Stande sei, falls sie nicht etwa ganze Wälder ankaufen und Porzellanfabriken anlegen wollte!

Hiermit schließt die Debatte, worauf alle Anträge abgelehnt und der § 1 in der Fassung der Kommission — gegen die Stimmen der Freisinnigen — angenommen wird.

Der § 2 gestattet die Uebertragung des im § 1 dem Reiche zugestandenen Rechts an Privatunternehmer; auch soll das Recht Gemeinden für ihren Gemeindebezirk verliehen werden müssen, wenn das Reich eine Telegraphen-Anlage in der Gemeinde weder errichtet hat, noch zu errichten beabsichtigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Klemm (konf.) bejaht.

Geh. Oberpostsrath Dambach, daß sich das Reich in den für beratigte Rechtsverordnungen gestellten Bedingungen das Recht des Rückkaufs vorbehalten könne.

Der § 2 gestattet die Uebertragung des im § 1 dem Reiche zugestandenen Rechts an Privatunternehmer; auch soll das Recht Gemeinden für ihren Gemeindebezirk verliehen werden müssen, wenn das Reich eine Telegraphen-Anlage in der Gemeinde weder errichtet hat, noch zu errichten beabsichtigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Klemm (konf.) bejaht.

Geh. Oberpostsrath Dambach, daß sich das Reich in den für beratigte Rechtsverordnungen gestellten Bedingungen das Recht des Rückkaufs vorbehalten könne.

Der § 2 gestattet die Uebertragung des im § 1 dem Reiche zugestandenen Rechts an Privatunternehmer; auch soll das Recht Gemeinden für ihren Gemeindebezirk verliehen werden müssen, wenn das Reich eine Telegraphen-Anlage in der Gemeinde weder errichtet hat, noch zu errichten beabsichtigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Klemm (konf.) bejaht.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteine & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heintz, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abg. Schrader führt aus, Private würden sich angezogen fühlen um die Erlaubnis, Telegraphen-Anlagen einzurichten, überhaupt nicht oder doch nicht in großem Umfange bemessen. Denn sie könnten dazu schwerlich Lust haben, wenn sie gezwungen müßten, daß ihnen in dem Augenblicke, wo sie eine Anlage fertiggestellt hätten, dieselbe wieder abgenommen werde. Dieser § 2 sei also so ziemlich bedeutungslos.

Abg. Dr. Hamacher erwidert, in welchem Umfange Private Telegraphenleitungen auf Grund des § 2 herstellen würden, lasse sich noch gar nicht übersehen.

§ 2 wird jedoch angenommen. Darauf verlegt sich das Haus. Tagesordnung: Initiativ-Anträge (Auer: Aufhebung der Getreidezölle, sowie Auer betr. Aufhebung gewisser Wirkungen des Sozialistengesetzes [Strafgerichtlicher Verurtheilungen]). Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 23. Februar. Der Bundesrath wird sich demnächst ermächtigt über ein Regulator der Reichskommission für Arbeiterstatistik schlüssig zu machen haben. Es liegt in der Absicht, diese Kommission möglichst bald zu konstituieren. Natürlich sind die Tagungen derselben, auch unter dem Gesichtspunkte, daß den zugehörigen Arbeitgebern und Arbeitern Ersatz der Reisekosten und den letzteren Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes gewährt werden soll, mit Kosten verknüpft. Man will insofern vorläufig von der Einstellung einer darauf bezüglichen Position in den Etat für 1892-93 absehen. Der Reichsfiskus gedenkt vielmehr zunächst die für die Kommission nötigen Gelder aus bereits vorhandenen Fonds aufzubringen. Für die Zukunft dürfte es insofern unumvermeidlich sein, für diesen Zweck einen besonderen Posten in den Reichshaushalts-Etat einzustellen.

Der deutsche Fischereiverein wird seine nächste Generalversammlung voraussichtlich in der zweiten Märzwoche abhalten. Der Generalversammlung soll eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Vorsitzenden Friedrich von Behr vorangehen. Die Generalversammlung dürfte die Wahl eines neuen Vorsitzenden vornehmen.

Wie aus dem von der Budgetkommission des Reichstages über die Beschlässe zum Reichshaushalt für 1892-93 erstatteten Bericht hervorgeht, wird die Kommission beim Plenum Abträge in der Höhe von rund 105 Millionen beantragen. Davon entfallen rund 780,000 Mark auf die fortwährenden Ausgaben, 8,2 Millionen auf die einmaligen ordentlichen und 1,5 Millionen auf die einmaligen außerordentlichen Ausgaben.

Nach Beschlässen, welche die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Volksschulgesetz gestern Abend im § 15 in Verbindung mit § 11 gefaßt hat, ist die Ansicht, daß zur größeren Ehre des konfessionellistischen Prinzips die Schulrichtungen verschlechtert und die Gemeinden unbilliger Weise finanziell belastet werden, noch größer geworden, als sie es schon auf Grund des Entwurfs war. Auf Antrag des zuständigen Organs der betreffenden Religionsgesellschaften kann danach eine Gemeinde durch Beschluß des Kreis-, resp. Bezirksausschusses gezwungen werden, für 30 Kinder einer anderen Konfession als derjenigen der bestehenden Schule, eine solche zu errichten. Natürlich wird dadurch das Entstehen mehrerer einflussreicher Schulen, anstatt einer mehrklassigen, befördert. Der § 11 des Entwurfs bestimmt nun wenigstens, daß 11 oder mehrklassige Schulen vorhanden sind, Kinder nicht gegen den Willen der Eltern oder deren Stellvertreter einer einflussreichen Volksschule zugewiesen werden dürfen. Nach dem auf den Antrag der Konfessionen Beschluß soll es nur „in der Regel“ nicht geschehen, d. h. es kann und es wird geschehen. Wägen die Kinder schlechter unterrichtet werden, wenn es nur unter strenger Trennung der Konfessionen geschieht — das ist der Sinn des Beschlusses.

Die Feier der Enthüllung des Denkmals für Dr. Gustav Nachtigal hat heute Nachmittag um 2 Uhr im königlichen Museum für Völkerverständigung stattgefunden. Ein glänzender Kreis geladener Herren sammelte sich zur festgesetzten Zeit im großen Hörsaal des Museums. Von der Familie des Geehrten waren die Schwester mit ihrem Gemahl, dem D. Priege, und die Kinder erschienen. Die deutsche Marine wurde durch Admiral Hollmann und Kapitän zur See Hoffmann, das auswärtige Amt durch Geh. Rath Dr. Kayser, das Ministerium des Innern durch Geh. Rath Böhm vertreten. Wir sahen ferner den Staatssekretär a. D. Herzog, Excellenz von Rufferow, die Generale v. Strubberg, Spangenberg und Sasse, den schiffsärztlichen Generalarzt Dr. Roth, den russischen General von Greder u. A. Auch die Stadt Stendal hatte eine Abordnung entsandt. Für die Verwaltung der königlichen Museen war Generaldirektor Schöne erschienen. Die deutschen geographischen Gesellschaften und die Vereine, denen Nachtigal sonst nahe gestanden, waren durch Abordnungen vertreten. Professor Dr. Freiherr v. Richtofen eröffnete den feierlichen Akt als Vorsitzender des Denkmalkomitees mit einer Ansprache, in der er eine Geschichte der Entdeckung des Denkmals gab und Bericht über die eingegangenen Gelder und deren Verwendung erstattete. Nach der formellen Uebergabe des Denkmals nahm der Generaldirektor der königlichen Museen, Geh. Rath Schöne das Wort, um unter Würdigung der Verdienste Nachtigals dem Komitee für das hochherzige Werk den Dank auszusprechen und das Denkmal zu übernehmen und seinerseits wieder der Verwaltung des königlichen Museums für Völkerverständigung zu übergeben, als dessen Direktor Geh. Rath Bastian noch eine kurze Ansprache an die feierliche Versammlung richtete. Die Versammlung begab sich sodann unter Vorantritt der Ehrenäste von der Aula nach der Stätte des Denkmals, dem großen Saal des ersten Stockes, dessen Fenster theils nach der Prinz Albrechtstraße, theils nach dem großen Hof zu geben. Das Denkmal hat hier an der mittelfsten Säule und zwar in der Richtung nach dem Hof zu Aufstellung gefunden. Rechts davor steht die große Vitrine, in der die Sammlungen untergebracht sind, die Nachtigal von seiner großen Reise in den Jahren 1869 bis 1874 aus Vornum, Baghirmi und Madat mitgebracht hat. Die Stätte des Denkmals war in reichster Weise geschmückt. Hinter der noch ver-

von R. Muhlmann.
Autorisirte Uebersetzung von Luise Koch.

Nachdruck verboten.

Stettin Roßmarktstr. 18.	<h1 style="margin: 0;">C. L. Geletneky</h1> <p style="margin: 0;">empfiehlt</p> <h2 style="margin: 0;">Nähmaschinen aller Systeme,</h2> <p style="margin: 0;">Spezialität:</p> <h3 style="margin: 0;">Geletneky's Rundscheiben-Nähmaschinen.</h3> <p style="margin: 0;">D. R.-P. 43097.</p>	Zülchow i. P. Chausseestr. 52		
<p>Können mit größter Leichtigkeit bei fast geräuschlosem Gange bis zu 2000 Stichen in der Minute in Anspruch genommen werden. Die Haltbarkeit derselben ist durch den sinnreichen, dabei einfachen Mechanismus eine fast unbegrenzte.</p> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <p>Größe I für Familienbedarf, besonders geeignet für nervöse u. schwächliche Damen.</p> <p>Größe II für Confections- u. Corsettes-Näherei</p> <p>Größe III für schwere u. leichte Schneiderarbeit.</p> <p>Dieselben sind bis jetzt von keiner andern Maschine erreicht, was Leistungsfähigkeit und leichten fast geräuschlosen Gang betrifft und wurde denselben die goldene Medaille in Köln 1890 zuerkannt.</p> </div> <div style="width: 45%; text-align: center;">  </div> </div>				
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> Singer-Nähmaschinen. Wheeler-Wilson-Näh- maschinen. Ringscheiben-Näh- maschinen. White-Nähmaschinen. Vibrating-Shuttle- Nähmaschinen. Elastic-Nähmaschinen. Säulen-Nähmaschinen. Sack-Nähmaschinen. Sattler-Nähmaschinen. Sohlen-Nähmaschinen. </td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>			Singer-Nähmaschinen. Wheeler-Wilson-Näh- maschinen. Ringscheiben-Näh- maschinen. White-Nähmaschinen. Vibrating-Shuttle- Nähmaschinen. Elastic-Nähmaschinen. Säulen-Nähmaschinen. Sack-Nähmaschinen. Sattler-Nähmaschinen. Sohlen-Nähmaschinen.	
Singer-Nähmaschinen. Wheeler-Wilson-Näh- maschinen. Ringscheiben-Näh- maschinen. White-Nähmaschinen. Vibrating-Shuttle- Nähmaschinen. Elastic-Nähmaschinen. Säulen-Nähmaschinen. Sack-Nähmaschinen. Sattler-Nähmaschinen. Sohlen-Nähmaschinen.				
<h2 style="margin: 0;">Eigene Reparaturwerkstatt im Hause.</h2>				
Stargard i. P. Holzmarktstr. 3.	<h1 style="margin: 0;">C. L. Geletneky.</h1>	Straßund Kleinschmiedg. 6.		
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <h2 style="margin: 0;">Das größte Brod,</h2> <p style="margin: 0;">im Geschmack ganz vorzüglich, empfiehlt</p> <h3 style="margin: 0;">E. Wackermann.</h3> <p style="margin: 0;">Rosenstraße 52, Ecke des Cigarren-</p> </div> <div style="width: 45%;"> <p>Külig zu hab n Depositorium zum Material-, Kurzwaaren-, Posamenten- u. Geschloß u. f. w. Bedentliche bis 4 Mtr. lang, gebrauchte Wiener Stühle, 8 Dbd., gut erh. C. Goffmann, Schulzeustr. 22</p> </div> </div>				
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <h2 style="margin: 0;">Herl-Soniar</h2> <p style="margin: 0;">Stuhl 3 1/2 Mark</p> </div> <div style="width: 45%;"> <p>32 Rollen</p> </div> </div>				

